

Mobilmachung auf Knopfdruck

Die Armee will künftig innert 10 Tagen bis zu 35 000 Soldaten aufbieten können

Nach dem Ende des Kalten Krieges glaubte man hierzulande, auf ein Mobilmachungssystem verzichten zu können. Nun wird die Fähigkeit, rasch und flexibel Truppen einzusetzen, wieder aufgebaut – ein ambitionierter Plan.

MARC TRIBELHORN

Die schlechte Nachricht vorab: Bei einem unerwarteten Ernstfall wäre die Schweizer Armee nicht einsatzfähig. Zu lange dauerte es heute, bis genügend Truppen bereitstünden. Noch im Kalten Krieg drohte der Feind beständig aus dem Osten, entsprechend ging die Armeeführung von einer Vorwarnzeit von 0 bis 76 Stunden aus und konnte rasch einen beträchtlichen Teil der fast 800 000 Mann starken Truppe mobilisieren. Besammelt wurde auf rund 50 Mobilmachungsplätzen, verteilt über das ganze Land. Jahr für Jahr wurde das Prozedere in den Verbänden eingeübt. Doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verkleinerten sich nicht nur die Truppenbestände massiv, auch die Gefahrenanalyse änderte sich: Mit der Armee XXI wurde die Vorwarnzeit auf 10 Jahre geschätzt – und so verzichtete man kurzerhand auf das hochkomplexe und geheime Mobilmachungssystem und löste alle bestehenden Strukturen auf.

Ein Fehler, wie sich heute zeigt: Die Armee soll nun – wie im Ausland – wieder rascher und flexibler einsetzbar sein, insbesondere zur Unterstützung der zivilen Behörden bei nationalen Notlagen wie Erdbeben, Pandemien, einem Blackout oder Terrorgefahr. Mit dem derzeitigen Reformschritt, der Weiterentwicklung der Armee (WEA), wird versucht, diese Fähigkeitslücke zu beheben.

Die schnellste Armee Europas?

Gewissermassen auf Knopfdruck sollen spätestens ab 2021 umfangreiche und voll ausgerüstete Truppenbestände mobilisiert werden können: Innert Stunden

stehen im Ernstfall Berufs- und Durchdienerformationen bereit, innert 3 Tagen zusätzliche 8000 Milizangehörige und innert 10 Tagen insgesamt bis zu 35 000 Mann, so sieht es das System der «abgestuften Bereitschaft» der Armeepaner vor. Damit würde die Schweizer Armee zur schnellsten in Europa, wie Korpskommandant Philippe Rebord im «Blick» stolz verkündete: «An einer Konferenz der europäischen Armeechefs sagten mir kürzlich alle Kollegen, dass sie derzeit nicht 35 000 Mann innert 10 Tagen aufbieten könnten.» Doch wie soll das gehen?

Miliz mit hoher Bereitschaft

Wie in der Armee XXI werden die Wiederholungskurse auch künftig so über das Jahr verteilt, dass vorhersehbare Einsätze mit Truppen geleistet werden können, die gerade im Dienst sind. Neu werden aber zusätzlich Milizformationen mit hoher Bereitschaft (MmhB) definiert, die innert 24 Stunden nach Auslösung der Mobilmachung vollständig ausgerüstet sind, um bei unerwarteten Ereignissen eingreifen zu können. Sie sind gewissermassen das Bindeglied zwischen den Einsatzkräften der ersten Stunden und den später mobilisierten restlichen Milizformationen. Zu ihnen gehören etwa Rettungs-, Genie- und Übermittlungstruppen, die Sanität und die ABC-Abwehr sowie die Infanterie.

Die MmhB sind personell stärker alimentiert, damit trotz kurzfristigem Aufgebot immer genügend Soldaten einrücken; ihre Ausrüstung soll stets griff- und einsatzbereit sein und wird deshalb gesondert eingelagert. Alarmiert werden die Armeeinghörigen auf elektronischem Weg, ähnlich wie man es von den Blaulichtorganisationen kennt. Die Erhebung der dafür notwendigen Daten wie Handynummern und E-Mail-Adressen sei bereits im Gang, heisst es bei der Armee. Auch würden die MmhB schon in diesem Jahr mit Schulungen für das neue Mobilmachungssystem fit gemacht, alle anderen Formationen folgten spätestens ab 2018.

Die Umsetzung, für die der Projektleiter Operationen, Aldo C. Schellenberg, verantwortlich zeichnet, ist jedoch nicht zu unterschätzen. Der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst im Generalstab Stefan Holenstein, sagt denn auch warnend: «Man darf sich keine Illusionen machen.» Es sei ein Gebot der Zeit, dass wieder schneller mobilisiert werden könne, doch die dafür notwendige Organisationsstruktur müsse erst mühsam wieder aufgebaut werden. «Die Konzepte erinnern an die bewährte dezentrale Struktur vor der Armee XXI, aber das Know-how dafür ist mittlerweile verloren gegangen.» Auch sei der Fahrplan angesichts der angestrebten, aber finanziell keineswegs gesicherten Vollausrüstung sehr ambitioniert, gibt Holenstein zu bedenken: «Was bringt eine rasche Mobilisierung, wenn die Truppen nicht genügend Material bekommen?»

Fehlendes Wissen

Tatsächlich ist mit dem neuen Bereitschaftssystem sowohl die Politik, welche die Geldmittel spricht, als auch die Armeeführung gefordert. Letztere muss nicht zuletzt das Logistiksystem, das im Zuge der Armee XXI nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentralisiert wurde, wieder auf die Anforderungen einer erhöhten Bereitschaft ausrichten. Für den Sicherheitsexperten und ehemaligen Generalstabsoberschen Bruno Lezzi sollte die Anpassung der Logistik indes keine grösseren Probleme verursachen. Die Crux des neuen Mobilmachungssystems ortet er vielmehr in der Schulung und dem engen Zeitplan: «Früher wurde jeder WK und jede grössere Manöverübung mit dem Training der Mobilmachung begonnen, heute fehlt dieses Wissen gänzlich. Es dauert einige Jahre, bis solch komplexe Abläufe von den Armeeinghörigen wieder verinnerlicht werden.» Das sieht auch Armeechef Rebord so: «Die jungen Kompaniekommandanten haben keine Ahnung vom Begriff Mobilmachung. Wir müssen die Leute nun ausbilden.»

Rauchzeichen der Rasa-Initianten

Komitee relativiert die Bedingungen für einen Rückzug des Volksbegehrens

Der Rasa-Vorstand findet deutlich positivere Worte über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative als noch vor wenigen Monaten. Für einen Rückzug der eigenen Initiative sei es aber zu früh.

SIMON GEMPERLI

Im Sommer 2015 hat der Verein Rasa (Raus aus der Sackgasse) eine Initiative eingereicht, um den Zuwanderungsartikel wieder aus der Verfassung zu streichen. Das Volksbegehren steckt seither in der politischen Pipeline. Das eidgenössische Parlament hat sich noch gar nicht damit befasst.

Doch sonst hat sich in der Einwanderungspolitik einiges getan – oder auch nicht, je nach Standpunkt. Die Verhandlungen mit der Europäischen Union scheiterten, das Parlament führte einen Vorrang für Arbeitslose ein, und der Bundesrat verwarf seine Pläne für einen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative. Das Referendum gegen das revidierte Ausländergesetz scheiterte.

Das Initiativkomitee führte in den letzten Monaten mehrmals intensive Diskussionen über das weitere Vorgehen. Zur Debatte standen angesichts der minimalen Unterstützung aus Politik und Wirtschaft ein allfälliger Rück-

zug sowie der richtige Zeitpunkt und die Begründung.

Lob für Lösung des Parlaments

Nach einer weiteren Sitzung hat der Verein am Montag in einer Mitteilung erstmals durchblicken lassen, dass im heutigen Kontext die Bedingungen für einen Rückzug gegeben sein könnten. Der Parlamentsentscheid zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (ME) sichere die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen und stütze diese breiter ab, heisst es im Communiqué.

«Das klare Scheitern des Referendums gegen das Gesetz zur MEI-Umsetzung ist ein deutliches Zeichen dafür, dass dieser Weg in der Bevölkerung auf Akzeptanz stösst», schreiben die Initianten. Ob es zusätzlich eine Verfassungsänderung brauche, sei offen und werde in den nächsten Monaten in Politik und Parlament diskutiert.

Überzeugtes Festhalten an einer Volksinitiative klingt anders. Man wolle dem Parlament die Möglichkeit geben, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, sagt Vorstandsmitglied Franziska Barmettler. Sie hält die Lösung des Parlaments für «sehr gut», zudem sei sie «breit abgestützt». Rasa wird also in jedem Fall noch eine Weile auf dem Tisch bleiben, denn das Parlament befasst sich erst im Herbst damit. Die Ständeräte Andrea Caroni (Appenzell

Ausserrhoden, fdp.), Daniel Jositsch (Zürich, sp.) und Hans Stöckli (Bern, sp.) wollen einen Gegenvorschlag einbringen. Dafür setzen sich auch die BDP und die GLP ein.

Noch im Dezember hatten Rasa-Initianten das revidierte Ausländergesetz als ungenügend bezeichnet und an ihre beiden Hauptkriterien erinnert: Erstens beseitige diese Lösung den Widerspruch zwischen Verfassung und Gesetz nicht, und zweitens herrsche weiterhin Rechtsunsicherheit.

«Enorme Arbeit geleistet»

Der Mitinitiant und Rechtsprofessor Thomas Geiser will die Mitteilung von Rasa nicht als Ankündigung eines Rückzugs verstanden wissen. Das Parlament und der Bundesrat hätten aber «enorme Arbeit geleistet», nicht nur mit dem «Inländervorrang light», sondern auch mit der Fachkräfteinitiative und den Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Für einen Rückzug könnte laut Geiser die Kündigunginitiative von Auns und SVP sprechen. Unter Umständen sei das die bessere Abstimmungsfrage – aber nur, wenn sie klar gestellt werde. Dem Schweizer Stimmvolk dürfe nicht weisgemacht werden, man könne das Freizügigkeitsabkommen kündigen, ohne dass dies Konsequenzen für die Bilateralen hätte.



Die Zürcher Privatbanquiers Rahn+Bodmer Co. pflegen ihr Handwerk. Seit 1750.

Rahn+Bodmer

BANQUIERS SEIT 1750

Rahn+Bodmer Co.
Talstrasse 15
8022 Zürich
Telefon +41 44 639 11 11
www.rahnbodmer.ch